



PERU: POLITISCHE KRISE, REGIERUNGSFÜHRUNG UND WIRTSCHAFTLICHE STABILITÄT

Ein Blick aus parlamentarischer und akademischer Perspektive auf die Ursachen der politischen Instabilität Perus und die überraschende Widerstandsfähigkeit seiner Wirtschaft.

Interview mit **Edmundo del Águila Herrera**

März 2026

In dieser Ausgabe sprechen wir mit Edmundo del Águila Herrera, einem politischen Ökonomen, ehemaligen Abgeordneten des peruanischen Parlaments (2016–2020) und seit über zwei Jahrzehnten Universitätsprofessor. Er bietet eine kritische und reflektierte Perspektive auf die politische Lage in Peru. Er analysiert die Ursachen institutioneller Instabilität, die Schwächung des Parteiensystems und das Paradoxon einer Wirtschaft, die trotz anhaltenden politischen Chaos relativ stabil bleibt.

DER URSPRUNG EINES JAHRZEHNTS POLITISCHER INSTABILITÄT

Die politische Krise in Peru hat ihre Wurzeln eindeutig im letzten Jahrzehnt. Laut Edmundo del Águila markierte die Präsidentschaftswahl 2016 den Wendepunkt, als Pedro Pablo Kuczynski nur knapp Keiko Fujimori besiegte. Der Unterschied von lediglich 40.000 Stimmen bei rund 12 Millionen Wählern schuf ein polarisiertes politisches Klima, das das Verhältnis zwischen Exekutive und Legislative von Beginn seiner Amtszeit an prägte.

Der Kongress der Republik wurde vom Fujimorismus dominiert, der 73 der 130 Parlamentssitze errang.

Diese absolute Mehrheit verlieh dem Parlament enorme politische Macht, aber auch die Möglichkeit, institutionelle Vereinbarungen mit der Exekutive zu treffen. Laut del Águila wandelte sich diese Chance zur Zusammenarbeit jedoch in ein Szenario ständiger Konfrontation.

Die Folge war eine von Blockaden und institutionellen Konflikten geprägte politische Dynamik. Der wiederholte Einsatz der Vakanz des Präsidentenamtes als Begründung für „dauerhafte moralische Unfähigkeit“ schuf einen Präzedenzfall, der diese zu einem Instrument politischen Drucks machte. Obwohl Kuczynski 2018 vor seiner Amtsenthebung zurücktrat, leitete diese Episode einen Kreislauf der Instabilität ein, der sich in den folgenden Jahren fortsetzte.

Die Abfolge der Präsidenten spiegelt das Ausmaß des Problems wider. Nach Kuczynskis Rücktritt übernahm Martín Vizcarra das Amt, wurde jedoch aufgrund von Konflikten mit dem Kongress abgesetzt, was zu kurzlebigen Übergangsregierungen und einer institutionellen Krise führte.

„Das letzte Jahrzehnt der peruanischen Politik lässt sich mit einem Wort zusammenfassen: Instabilität.“



DIE SCHWÄCHUNG DER POLITISCHEN PARTEIEN

Einer der strukturellen Faktoren, die Perus institutionelle Fragilität erklären, ist die Krise des Parteiensystems. Laut del Águila ist diese Situation nicht neu, sondern hat historische Vorläufer, die bis in die 1990er Jahre zurückreichen.

Während der Präsidentschaft von Alberto Fujimori (1990–2000) wurden politische Reformen umgesetzt, die laut dem ehemaligen Abgeordneten die traditionellen Parteien bewusst schwächten. Die Zunahme regionaler Bewegungen und personalistischer politischer Organisationen fragmentierte das System und verringerte die Fähigkeit der Parteien, kollektive Interessen zu vertreten und langfristige Regierungsprojekte zu entwickeln. Im Laufe der Zeit führte dieser Prozess zu einer stark fragmentierten politischen Landschaft. Aktuell stehen in Peru Wahlprozesse mit Dutzenden registrierter politischer Organisationen und zahlreichen Präsidentschaftskandidaten an, von denen viele wenig Erfahrung oder eine etablierte Parteistruktur besitzen. Del Águila warnt davor, dass dieses Phänomen die Demokratie nicht stärkt, sondern vielmehr die Konsensbildung und die Regierungsführung behindert.

Seiner Ansicht nach orientieren sich viele bestehende Parteien eher an individuellen oder wirtschaftlichen Interessen als an ideologischen oder programmatischen Projekten. Anstatt sich zu dauerhaften Institutionen zu entwickeln, fungieren sie als temporäre Wahlkampfinstrumente im Dienste ihrer Anführer oder Geldgeber. Diese Logik trägt zu dem bei, was er als „Krise der politischen Legitimität“ bezeichnet.

Wenn Parteien keine programmatische Identität oder Organisationsstruktur besitzen, wird die Politik anfälliger für sogenannte „Außenseiter“ und für populistische oder personenzentrierte Projekte.

„Die Krise der Regierungsführung ist nicht nur institutioneller Natur, es ist auch das Ergebnis eines geschwächten und zersplitterten Parteiensystems.“

DAS PARLAMENT UND DIE NEUE DYNAMIK DER POLITISCHEN MACHT

Edmundo del Águilas parlamentarische Erfahrung gibt Aufschluss darüber, wie sich die Machtverhältnisse im peruanischen Kongress verschoben haben. Im Zeitraum von 2016 bis 2020 wurde das Parlament von einer klaren Mehrheit dominiert, wodurch eine einzelne politische Kraft Entscheidungen ohne Bündnisse treffen konnte.



Der Kongress der Republik Peru ist das Parlament Perus.

EDMUNDO DEL
ÁGUILA HERRERA



**ÖKONOM, PERUANISCHER POLITIKER UND
EHEMALIGER KONGRESSABGEORDNETER
(2016-2020)**

Er verfügt über mehr als 26 Jahre Erfahrung als Universitätsprofessor und eine fundierte Expertise in der politischen und wirtschaftlichen Analyse des Landes. Er studierte Wirtschaftswissenschaften an der Universität Lima und erwarb einen MBA in den Vereinigten Staaten. Er hat seine Karriere in der Wissenschaft, der öffentlichen Debatte und der Politik aufgebaut und sich dabei auf Regierungsführung, Demokratie und Entwicklung konzentriert. Aktuell analysiert er die Lage in Peru auf digitalen Plattformen und verfolgt weiterhin ein akademisches Interesse an der politischen Geschichte Perus.

In den letzten Jahren hat sich die Situation jedoch radikal verändert. Derzeit ist der Kongress in mehrere politische Blöcke zersplittert, was die Bildung temporärer Koalitionen erforderlich macht, um Gesetze zu verabschieden oder Amtsträger zu ernennen.

Dieses System hat etwas hervorgebracht, das der Eagle als eine „parlamentarische Diktatur auf der Grundlage der Sitzverteilung“ bezeichnet.

In der Praxis verhandeln verschiedene politische Gruppierungen im Rahmen von Parlamentsvereinbarungen die Verteilung von Posten in wichtigen staatlichen Institutionen wie Ministerien, Verfassungsorganen oder öffentlichen Einrichtungen. Verhandlungen sind zwar ein normaler Bestandteil demokratischer Systeme, doch entsteht das Problem, wenn diese Entscheidungen auf Machtquoten statt auf technischen oder institutionellen Kriterien beruhen. Dieses Modell fragmentierter Regierungsführung behindert die Umsetzung kohärenter politischer Maßnahmen und fördert die öffentliche Wahrnehmung, dass Politik eher private Interessen als dem Gemeinwohl dient.

**PERUS PARADOXON:
INSTABILE POLITIK,
STABILE WIRTSCHAFT**

Eines der auffälligsten Merkmale Perus ist das gleichzeitige Vorhandensein einer tiefgreifenden politischen Krise und makroökonomischer Stabilität. Laut del Águila lässt sich dieser scheinbare Widerspruch durch drei Hauptfaktoren erklären. Erstens die Autonomie der Zentralbank, die durch die Anwendung technischer Kriterien und ihre Unabhängigkeit von der Regierung die Währungsstabilität gewährleistet. Zweitens ihr meritokratisches Prinzip, das ihre Glaubwürdigkeit und institutionelle Leistungsfähigkeit stärkt. Drittens der hohe Anteil informeller Wirtschaft: Obwohl dieser eine Herausforderung darstellt, ermöglicht er es einem Großteil der Wirtschaft, außerhalb des Bereichs politischer Instabilität zu funktionieren. Zusammengefasst erklären diese Elemente die Widerstandsfähigkeit der peruanischen Wirtschaft selbst in einem widrigen politischen Umfeld.

„Peru erlebt ein Paradoxon: Ein chaotisches politisches System existiert neben einer relativ stabilen Wirtschaft.“



PERUS STRUKTURELLE HERAUSFORDERUNGEN

Trotz positiver makroökonomischer Indikatoren steht Peru vor erheblichen sozialen und strukturellen Herausforderungen.

Del Águila hebt unter anderem die Bürgersicherheit hervor, die zu einem der Hauptanliegen der Bevölkerung geworden ist. Die Ausbreitung des organisierten Verbrechens, von Erpressungsnetzwerken und die Auswirkungen transnationaler krimineller Dynamiken haben ein Klima zunehmender Unsicherheit geschaffen, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen.

Hinzu kommen langjährige Probleme in Bereichen wie Bildung, Gesundheit und Infrastruktur. Das Bildungssystem steht weiterhin vor Herausforderungen hinsichtlich der Lehrerqualität und der Leistungsorientierung, während das Gesundheitssystem durch die Zersplitterung auf verschiedene Institutionen (lokale und regionale Regierungen, das Gesundheitsministerium und EsSalud) ohne effektive Integration gekennzeichnet ist. Eine der größten Herausforderungen des Landes besteht darin, Wirtschaftswachstum mit einer tatsächlichen Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung zu verknüpfen. Makroökonomisches Wachstum muss sich, so wird betont, in konkreten Chancen für alle Bürger niederschlagen.

DEMOKRATIE, DIE PARLAMENTSWAHLEN 2026 UND DIE ZUKUNFT PERUS

Die aktuelle Wahllandschaft spiegelt die politische Zersplitterung des Landes wider.

Wahlprozesse mit Dutzenden von Kandidaten und zahlreichen politischen Organisationen stiften Verwirrung unter den Wähler:innen und erschweren eine fundierte Entscheidungsfindung.

Trotz dieser komplexen Lage blickt Edmundo del Águila verhalten optimistisch in die Zukunft Perus. Er ist zuversichtlich, dass die politische Geschichte des Landes – geprägt von Krisen- und Erholungszyklen – letztendlich die Wiederherstellung institutioneller Stabilität ermöglichen wird.

„Perus größte Herausforderung besteht darin, wirtschaftliche Stabilität mit politischer Stabilität zu verbinden – eine unverzichtbare Voraussetzung, um seine Entwicklung zu festigen und seine Position als regionaler Vorreiter zurückzugewinnen.“

In diesem Kontext stellen die für April 2026 angesetzten Parlamentswahlen einen entscheidenden Moment für die politische Zukunft des Landes dar. Laut del Águila weist der Wahlprozess beispiellose Merkmale auf, die die tiefe Zersplitterung des peruanischen politischen Systems widerspiegeln. Die Teilnahme von schätzungsweise 35 Präsidentschaftskandidaten wird als ungewöhnlich hohe Zahl eingeschätzt, die die Vielzahl politischer Organisationen und die strukturelle Schwäche des Parteiensystems verdeutlicht. Jüngste Umfragen zeigen zudem, dass fast 50 % der Wähler:innen noch unentschlossen sind, wen sie wählen werden, was auf ein Klima der Unsicherheit und politischer Desinformation hindeutet.

Für den ehemaligen Kongressabgeordneten sind diese Wahlen besonders ungewöhnlich. Er weist sogar darauf hin, dass seine eigene Partei – der er seit seiner Jugend angehört – durch eine Entscheidung der Nationalen Wahlkommission vom Wahlprozess ausgeschlossen wurde. Dies hält er für willkürlich, betont aber, dass die institutionellen Regeln eine Lösung finden müssten. Darüber hinaus stellt del Águila fest, dass die hohe Anzahl an Kandidaten und das Aufkommen relativ neuer politischer Gruppierungen zu einer politischen Zersplitterung beitragen, die eine programmatische Debatte erschwert. Verschärft wird diese Situation durch eine bedeutende institutionelle Umgestaltung: die Einführung des Zweikammersystems. Bei den anstehenden Wahlen wählen die Bürger:innen nicht nur eine:n Präsident:in der Republik, sondern auch Abgeordnete für einen nationalen und einen regionalen Senat, die Abgeordnetenkammer und das Andenparlament. Dieses neue System bringt einen deutlich längeren Stimmzettel mit sich, der mehrere Listen und Nummern für jedes zu besetzende Amt enthält.

In diesem Szenario warnt er davor, dass dem Land nach den Wahlen eine schwierige politische Phase bevorstehen könnte. Er betont jedoch, dass die staatsbürgerliche Verantwortung der Schlüssel zum Erfolg sein wird.

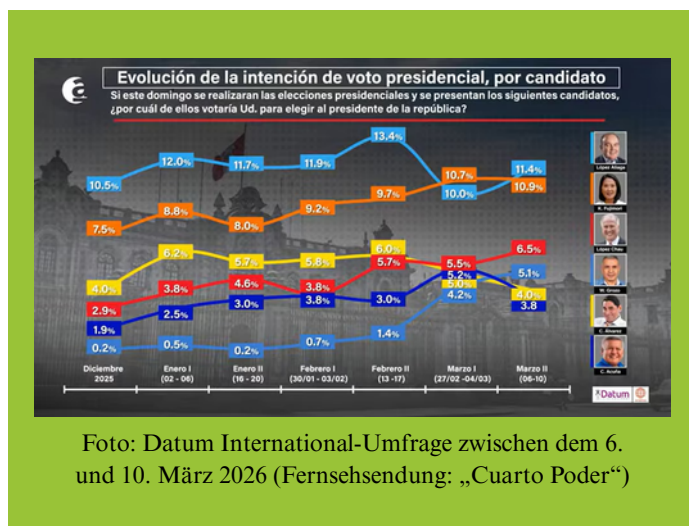


Foto: Datum International-Umfrage zwischen dem 6. und 10. März 2026 (Fernsehsendung: „Cuarto Poder“)

Für ihn ist eine informierte und überlegte Stimmabgabe entscheidend, um weitere Phasen institutioneller Instabilität zu verhindern. „Was Peru braucht“, sagt er, „ist ein Ende des Kreislaufs von abgesetzten Präsidenten oder Staatschefs, die ihre Amtszeit nicht zu Ende bringen. Das Land benötigt politische Stabilität als Ergänzung zur bereits bestehenden wirtschaftlichen Stabilität.“

Letztlich wird der Wahlprozess 2026 nicht nur eine neue Regierung hervorbringen, sondern auch die institutionelle Ausrichtung des Landes für die kommenden Jahre bestimmen. Für del Águila stellt die Wahl eine Chance für die Bürger dar, das Vertrauen in die peruanische Demokratie wiederherzustellen und ein stabileres und verantwortungsvolleres politisches System zu festigen.

„Die große Herausforderung, die vor uns liegt, besteht darin, sicherzustellen, dass wirtschaftliche Stabilität mit politischer Stabilität und sozialer Entwicklung einhergeht.“

Lateinamerikanisches Akademisches Kulturzentrum LAK

Wagramer Straße 23/1/2/3
1220 Wien, Österreich E-Mail: office@lak.or.at

Ein Beitrag von:

Alcides Benavente Ponce
Miguel Castilla
Manuela Scheffel